

Finanziell steht es gar nicht gut

OBERSTECKHOLZ Einmal mehr rechnet das Budget mit einem Defizit. Nötig wäre eine massive Steuererhöhung. Doch jetzt werden zuerst die Fusionsgespräche mit Langenthal abgewartet.

Sechsmal in Folge resultierte in der Rechnung der Gemeinde Obersteckholz ein Defizit – und das schon vor den Abschreibungen. Seit 2008 sinkt das Eigenkapital massiv. Vor einem Jahr musste die Gemeinde die Steuern von 1,74 auf 1,84 Einheiten erhöhen. Die dunklen Wolken am Finanzhimmel sind es auch, welche das Thema Fusion mit der benachbarten Stadt Langenthal aktuell werden liessen. Denn Besserung ist nicht in Sicht, wie die aktuellen Zahlen zum Budget 2015 und zum Finanzplan zeigen.

Steuern müssten massiv rauf

«Viel Handlungsspielraum bleibt der Gemeinde nicht, und es wurde nur das Notwendigste ins Budget aufgenommen», schreibt der

«Auch ohne Investitionen wird die Rechnung in den nächsten Jahren mit einem Defizit abschliessen.»

Der Gemeinderat

Gemeinderat in den Unterlagen zur Gemeindeversammlung vom 2. Dezember. Dennoch resultiert bei einem Aufwand von 1,652 und einem Ertrag von 1,514 Millionen ein Defizit von 137'473 Franken. Das sind knapp 4 Steuerzehntel. «Damit ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden kann, müssten die Steuern also auf 2,24 Anlagezehntel angehoben werden», betont der Gemeinderat. Davon sieht er aber momentan ab.

Vorgesehen hat er «nur die absolut wichtigsten Investitionen». Das sind vor allem Sanierungen beim Schulhaus sowie der Strassenunterhalt. Doch zur Finanzierung muss sich die Gemeinde verschulden. Denn der Finanzplan zeigt: «Auch ohne Investitionen wird die Rechnung in den nächsten Jahren mit einem Defizit abschliessen, das heisst, die Gemeinde kann eigentlich auch die laufenden Konsumausgaben nicht mit eigenen Mitteln zahlen.»

Das Eigenkapital wird sich in den nächsten fünf Jahren praktisch halbieren und Ende 2019 noch 483'000 Franken betragen.

Die Fusion aufgleisen

Eine Fusion mit Langenthal ist daher dringender denn je. Die Gemeindeversammlung soll dem Gemeinderat die Kompetenz erteilen, einen Fusionsabklärungsvertrag zwischen den beiden Gemeinden auszuarbeiten und abzuschliessen. Die Abklärungen sollen die Vor- und Nachteile sowie die Folgen einer Fusion in rechtlicher, finanzieller und politischer Hinsicht aufzeigen.

Zudem gilt es an der Gemeindeversammlung eine Vakanz im Gemeinderat zu schliessen: Vizegemeindepräsident Beat Käser tritt Ende Jahr zurück. Die SVP und die Freien Wähler sind mit möglichen Kandidierenden für die Nachfolge im Gespräch. Als neuer Vizepräsident wird Gemeinderat Stefan Wacker vorgeschlagen.

Dominic Ramel

Gemeindeversammlung: Dienstag, 2. Dezember, 20 Uhr, alte Turnhalle.

SIP hilft Ärger vermeiden und Kosten senken

LANGENTHAL Mit nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung bewilligte der Stadtrat gestern Abend die Verlängerung des Projektes SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) bis Ende 2016.

Gemeinderat Rolf Baer (FDP) begründete als Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit, warum das Projekt SIP bis Ende 2016 verlängert und finanziert werden soll. Einzelne Stadträte hätten in den letzten Tagen die Gelegenheit ergriffen und selber eine der SIP-Patrouille begleitet. Er könne feststellen, dass sich die Personen in der Szene – also vor allem auf dem Wuhrlplatz und am Bahnhof – generell ruhiger verhalten würden. Klagen aus der Nachbarschaft gingen heute oft direkt an SIP und würden so zu schnelleren Interventionen führen. SIP sei es gelungen, die Szenegänger aus der Anonymität herauszunehmen. Das sei wichtig. «Alle Personen, die sich regelmässig auf dem Wuhrlplatz aufhalten, sind den Behörden namentlich bekannt.» Durch die Verlegung des Krisen- und Interventionszentrums SRO von Niederbipp nach Langenthal seien mehr Personen in der hiesigen Drogen- und Alkoholszene anzu-

treffen. Zudem sei das Durchgangszentrum in Aarwangen zurzeit mit 180 Personen voll belegt. «Wir dürfen hier in Langenthal die Auswirkungen direkt erleben», so Rolf Baer. Ausserdem werde die restriktive Haltung der Kantonspolizei durch Gerichtsentscheide behindert. «Aus Sicht des Gemeinderates bildet SIP bei der Bewältigung eines gesellschaftlichen Problems ein zentrales Element», erklärte Baer.

Weitere Gemeinden?

Im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 31. August seien 576 Stunden für die Bekämpfung der Szene und 458 Stunden für Nachtpatrouillen aufgewendet worden. Im gleichen Zeitraum habe die Kantonspolizei im Rahmen der eingekauften Ressourcen 270 Kontrollstunden geleistet. Die Kantonspolizei betone zudem in allen Rapporten die Wichtigkeit von SIP, so Baer.

Die Probleme könne man auch mit SIP nicht aus der Welt schaf-

fen, aber das Projekt habe einen hohen Nutzen, erklärte Beatrice Lüthi (FDP) im Namen der GPK, Ende 2016 müsse es aber beendet oder auf eine neue Basis gestellt werden. Geklärt werden müsse auch, ob andere Gemeinden einbezogen werden könnten. Der Gemeinderat habe zugesichert, seine Vorschläge im Frühjahr 2016 ins Parlament zu bringen.

«Gewisse Ratlosigkeit»

Er sei von SIP weniger überzeugt als noch vor einem Jahr, erklärte Pascal Dietrich im Namen der FDP/JLL/BDP-Fraktion. Dies vor allem, wenn die Polizei durch das Verwaltungsgericht zurückgepfiffen werde. Heute würden Wahrnehmungen des SIP-Teams für eine Wegweisung nicht mehr ausreichen. Die Polizei müsse diese Wahrnehmungen selber machen: «Das lässt eine gewisse Ratlosigkeit zurück.»

Die SVP stimme ohne Begeisterung mehrheitlich zu, so Albert Schaller: «Das ist wahrscheinlich der Preis, den Langenthal für seine Zentrumsfunktion zu bezahlen hat.» Auch er sprach von einer gewissen Ohnmacht, wenn Fernhalteverfügungen und Bussen

der Polizei einfach ins Leere laufen.

SP und Grüne würden geschlossen hinter der Vorlage stehen, so Therese Grädel. Besser als die Faust im Sack zu machen, sei es, die flexible Lösung mit SIP zu unterstützen. SIP habe sich bewährt, helfe Ärger vermeiden und Kosten senken.

«Einzig richtige Lösung»

Für die EVP und die Grünliberalen sprach Rahel Lanz. Sie arbeitet selber für SIP. Immerhin sei die Szene zahlenmässig heute deutlich kleiner, erklärte sie. SIP schaffe mehr Lebensqualität für Langenthal. «Wir können schon nach mehr Polizei rufen – aber die bekommen wir leider nicht und schon gar nicht dann, wenn wir sie wirklich brauchen», so Rahel Lanz. Die Polizei habe weder die nötigen Kapazitäten noch die nötigen Mittel. SIP sei momentan die einzig richtige Lösung oder ein Management im öffentlichen Raum, erklärte Lanz. «Wohlfühlmitarbeitende» für die Leute in der Szene seien die SIP-Leute mit Sicherheit nicht, wenn schon, dann für die Bevölkerung von Langenthal. Robert Grogg



Selbst die Polizei hat zunehmend Probleme, einzelne Randständige vom Wuhrlplatz wegzuweisen. SIP-Leute haben keine solchen Befugnisse.

key

Vieles ist geschrieben und noch viel mehr gesagt worden zur Sanierung des Langenthaler Stadttheaters.

Das eine oder andere wäre wohl besser nicht geschrieben oder nicht gesagt worden. Etwa als Patrick Freudiger im Namen der Gegner seinen SVP-Kollegen im Gemeinderat Falschaussagen vorwarf. Oder als er vom Gemeinderat unsinnige Garantien forderte, die dieser auch bei andern Vorhaben nicht abgeben kann. Der Abstimmungskampf der Gegner ist geprägt von Schlagworten, umstrittenen Zahlen und Behauptungen. Die Befürworter legen deutlich mehr Stil an den Tag, wurden aber wohl durch den sehr engen Zeitplan auf dem falschen Fuss erwischt. Der Förderverein hatte ursprünglich gute Ideen, liess sich aber durch den vorerst extrem zurückhaltenden Gemeinderat völlig verunsichern. Mit einem Pressecafé und einem Tag der offenen Tür hat der Gemeinderat im letzten Augenblick nun selber reagiert.

Eine Luxusvariante, wie die Gegner behaupten, ist die vorgeschlagene Sanierung des Theaters nicht. Ihrem überparteilichen Komitee ist es zu verdanken, dass

BZStandpunkt



Robert Grogg
Redaktor

Keine Luxus-Sanierung

die Vorlage jetzt von vielen Bürgern sehr genau gelesen und diskutiert worden ist.

Noch immer nicht klar ist einigen Langenthalerinnen und Langenthalern offenbar, was bei einer Ablehnung geschieht. Vorerst nämlich gar nichts. Viele glauben den Gegnern und meinen, der Gemeinderat zaubere dann eine deutlich billigere Vorlage aus der Schublade und bringe diese in ein paar Monaten zur Abstimmung.

So läuft es nicht. Im Gegenteil: Der Theaterbetrieb müsste aus Sicherheitsgründen sehr wahrscheinlich massiv eingeschränkt werden. Neun Feuerwehrleute im Saal, ausgerollte Schläuche und das Tanklöschfahrzeug vor dem Eingang: So lauten die Vorgaben der Gebäudeversicherung. Das sind groteske Vorstellungen. Möglicherweise ist das auch gar nicht bezahlbar. Selbst über eine Schliessung des Stadttheaters müsste dann ehrlicher Weise diskutiert werden. Und das ausgerechnet zum 100-Jahr-Jubiläum.

Das wollen selbst die Gegner nicht. So sagen sie jedenfalls. Sie fordern vor allem

den Verzicht auf den multifunktionalen Raum für Kleinkunst im Untergeschoss. Dadurch lässt sich laut Stadtpräsident Thomas Rufener «bestenfalls» eine Million einsparen. Nach Ansicht der Gegner ist es mehr. Dadurch gehen aber sicher 900'000 Franken an Beiträgen verloren. Die erforderliche neue Planung kostet wohl ebenfalls einen grossen sechsstelligen Betrag. Dazu kommt die Teuerung. Die «billigere» Variante kostet somit unter dem Strich möglicherweise mehr als diejenige, über die am 30. November abgestimmt wird.

Mit der aktuellen Vorlage bekommt Langenthal wesentlich mehr für sein Geld. Zudem erhält es damit mehr Geld von Dritten. Warum sollte es solche Geschenke ablehnen? Jahrzehntlang wurde ins Theater nichts mehr investiert. Deshalb kostet die Sanierung netto 10 Millionen. Das ist viel Geld. Aber genau für solche Investitionen sind die Onyx-Millionen reserviert. Dass die Betriebskosten nicht unverhältnismässig wachsen, werden die Stadträte zu verhindern wissen.

Mail: robert.grogg@bernerzeitung.ch

Die Mühle soll wieder öffnen

LANGENTHAL Die Alte Mühle kann im neuen Jahr voraussichtlich wieder beschränkt geöffnet und genutzt werden.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) erklärte gestern Abend im Stadtrat das bisherige und weitere Vorgehen zur Alten Mühle. Er tat dies ganz am Schluss unter dem Traktandum Mitteilungen. Nach dem der Stiftungsrat gescheitert sei, habe der Gemeinderat beschlossen, auf zwei verschiedenen Achsen nach Lösungen zu suchen. «Kurz- oder mittelfristig» soll die Alte Mühle wieder beschränkt geöffnet werden. Und das mit der Gratisnutzung durch die Vereine. Noch müsse eine Anlaufstelle für die Reservationen gefunden werden. Bestimmte Eckwerte seien einzuhalten. So muss jeweils eine Person vor Ort sein. Das Ganze koste auch etwas. Noch sei nichts beschlossen. Die neue Zwischenlösung soll «im neuen Jahr» starten. Wann genau, steht noch nicht fest.

Runder Tisch

Auf einer zweiten Achse will der Gemeinderat nach einer mittel- und langfristigen Lösung suchen. Zu diesem Zweck will er einen runden Tisch einberufen. Daran teilnehmen sollen Politiker, Stiftungsrat und Leute oder Gruppierungen mit konkreten Ideen. Das Datum steht noch nicht endgültig fest. Rufener hofft jedoch, dass im Dezember ein Termin gefunden werden kann. Für eine längerfristige Lösung sei eine solche Auslegeordnung absolut notwendig, so der Stadtpräsident: «Wenn der Gemeinderat selber eine Lösung vorschlagen würde, käme das bei den Parteien wahrscheinlich nicht gut an.» rgw

Reglement für Taxis

LANGENTHAL Fast diskussionslos stimmte der Stadtrat gestern Abend dem Erlass eines neuen Taxireglementes einstimmig zu. Nur Pascal Dietrich (JLL) kritisierte das neue Reglement als «ausufernde Bürokratie». Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Die Inkraftsetzung ist für den 1. Januar 2015 vorgesehen.

rgw